Nummer 458

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil, W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: P. Käppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gen. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Freitag, 1. Oktober 1926

Der Eisenpakt.

„Die Internationale des Eisens."

Unter dieser Spitzmarke beschäftigt sich der „Vorwärts" in seiner heutigen Morgenausgabe mit dem Abschluß des Stahlkartells. Seinen an sich ziemlich maßvollen Ausführungen merkt man es deutlich an, daß ihm die „Internationale des Eisens" offenbar nicht recht gelegen kommt. Er sucht daher schon jetzt in der Arbeiterschaft Stimmung gegen dieses neue Gebilde zu erregen. Zu diesem Zweck weist er darauf hin, daß nach seiner Ansicht „in der Tatsache, daß die Kapitalisten allein den Zusammenschluß vollzogen, eine Gefahr für die Arbeiterschaft und für die von diesen Rohstoffen abhängigen Industrien liege". Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Wir haben bereits in unserer heutigen Morgenausgabe darauf hingewiesen, daß das internationale Rohstahlabkommen lediglich eine Kontingentierung vorsieht, aber keineswegs eine einheitliche Preisbestimmung. Das Hauptziel des Abkommens liegt darin, die Produktion der in ihm vereinigten Industrien mit den Absatzmöglichkeiten einigermaßen in Einklang zu bringen und auf diese Weise wieder zu geordneten Preisverhältnissen auf dem Welteisenmarkt zu gelangen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß mit dem Zustandekommen des Rohstahlabkommens die Welteisenpreise sich erhöhen werden. Im Gegensatz aber zum „Vorwärts" muß man die Frage, ob das vom Standpunkt des Konsumenten und des Arbeiters ein Nachteil ist, durchaus verneinen. Auch dem „Vorwärts" dürfte es nicht unbekannt sein, daß durch die Dumping-Konkurrenz der französischen und belgischen Eisenindustrie die deutsche Industrie schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Das hat sich aber gerade wieder auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Durch das zustandegekommene Rohstahlabkommen wird nun aber das Gegenteil erzielt: Es wird die zerstörende Konkurrenz unter den einzelnen Ländern ausgeschaltet und damit dazu beigetragen, die Kaufkraft Europas zu erhöhen. Darüber hinaus aber ist noch ein weiteres in Betracht zu ziehen, und das ist die Tatsache, daß die zu erwartende Ausgleichung der europäischen Eisenpreise gleichzeitig bedeutet, daß die Konkurrenz der deutschen eisenverarbeitenden Industrie in den nicht eisenerzeugenden Ländern gezwungen ist, das Eisen teurer als bisher zu kaufen. Das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als daß die deutsche eisenverarbeitende Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber jenen Ländern gestärkt wird. Damit aber ergeben sich für Deutschland erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft. Nicht um die Steigerung der Kapitalrente allein handelt es sich, wie der „Vorwärts" so gern seinen Lesern einreden möchte, sondern darum, gesunde Marktverhältnisse zu schaffen, die — selbstverständlich — ein rentables Arbeiten der Werke ermöglichen sollen. Denn nur in einer geheilenden Wirtschaft kann sich der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung erhöhen.

(Eine ausführliche Behandlung der Einzelheiten des Rohstahlabkommens bringt der Handelsteil der vorliegenden Ausgabe.)

Amerika und der Eisenpakt.

TU New-York, 1. Oktober.

Der gestern zustandegekommene westeuropäische Stahltrust wird von der amerikanischen Presse als das Hauptagesereignis aufgefaßt. Die „Times" erklärt, England könne über das Zustandekommen des Stahlkartells mehr beunruhigt sein als Amerika, da der Trust für Amerika selbst keine ernstliche Drohung bedeute. Die Zeitungen veröffentlichen zahlreiche Erklärungen führender Stahlleute, darunter Erklärungen von Gary Hirtman von der „United States Steel Corporation", der die Hoffnung ausspricht, daß der neue Stahltrust amerikanischen Stahlinteressen gegenüber keine Spitze bieten werde. Nach den Aeußerungen anderer führender Persönlichkeiten erwartet man einen scharfen Konkurrenzkampf in Ostasien und Südamerika. Bei den angestellten Erwägungen bedenkt man vor allem die niedrigen Produktions- und Transportkosten des europäischen Eisentrusts. Im übrigen sieht man die Konkurrenz als nicht allzu groß an, da der amerikanische Stahl in den Vereinigten Staaten selbst verbraucht würde, wo die europäische Konkurrenz nicht eindringen könnte. Von Seiten der Internationalen Metallarbeitervereinigung wird erklärt, daß der Eisenpakt für die amerikanischen Arbeiter dann anfinge gefährlich zu werden, wenn die Zeit käme, in der die Fabrikanten Europas gezwungen sein würden, den Kampf bis aufs Messer mit den amerikanischen Produktionsstätten zu führen.

Hughes amerikanisches Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofs.

TU London, 1. Oktober.

Nach einer Reuter-Meldung aus Washington hat Präsident Coolidge den früheren amerikanischen Staatssekretär Hughes zum neuen Mitglied des Permanenten Schiedsgerichtshofes im Haag für die Dauer von sechs Jahren ernannt. Die Meldung steht in offenbarem Widerspruch zu einem gestrigen Agenturbericht aus New-York, nach dem die Regierung Coolidge wahrscheinlich in nicht allzu langer Zeit den Antrag der Vereinigten Staaten auf Mitgliedschaft des Internationalen Schiedsgerichtshofes zurückziehen werde.

— **Degradierung spanischer Artillerieoffiziere.** Auf Grund des Urteilsspruchs des Kriegsgerichts sind 4 Obersten, 3 Oberstleutnants, 12 Majore, 18 Hauptleute und 5 Leutnants der Artillerie wegen Beteiligung an der jüngsten Aufstandsbewegung degradiert worden.

Einer Agentur-Meldung aus Konstantinopel zufolge hat die Türkei mit China einen Freundschafts- und Unterstützungsvertrag abgeschlossen.

Silverberg-Debatte auf der Düsseldorfer Wirtschaftstagung.

W. F. Düsseldorf, 2. Oktober.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die gespannten Erwartungen, mit denen man der angekündigten Debatte über die vielumstrittene Dresdner Rede des Generaldirektors Silverberg entgegensah, kamen schon äußerlich in dem überaus starken Besuch der heutigen Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zum Ausdruck. Nahezu 1000 Personen füllten den großen Saal der Tonhalle. Es fehlte wohl keiner der führenden Industriellen des Reviers. Auch aus dem Reich waren bekannte Persönlichkeiten der Wirtschaft erschienen. Als Vertreter der Berliner Bankwelt sah man u. a. Herrn Dr. Solmssen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft. Eine Klärung der innerhalb der deutschen Industrie offensichtlich divergierenden Absichten über die Frage, ob es notwendig ist, bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik seitens der großen Wirtschaftsverbände auch auf die Parteipolitik Rücksicht zu nehmen, und ob es überhaupt möglich ist, sich in der Wirtschaftspolitik von der Parteipolitik völlig zu emanzipieren, hat auch die heutige Aussprache nicht gebracht. Generaldirektor Paul Reusch und Fritz Thyssen lehnten die Rücksicht auf parteipolitische Vorgänge und Erwägungen ohne jede Einmischung in die Parteipolitik entschieden ab. Thyssens Worte „es kommt auf das Herz des Arbeiters, nicht aber auf seine Partei an" fanden einen starken stimmungsmäßigen Widerhall in der Versammlung. Dr. Silverberg betonte, daß man bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen im heutigen Deutschland leider von der Politik abhängig sei, die (wiederum leider) unser ganzes öffentliches Leben beherrsche. Er rückte aber ungweideutig von den Kommentaren seiner Dresdner Rede ab, die ihn sozusagen zum Herold der Großen Koalition stempeln wollten, und betonte in aller Entschiedenheit, daß er keinen Deut von seinen Verbedingungen zurücknehme, die unerläßlich sind, wenn man mit der Sozialdemokratie produktive Wirtschaftspolitik machen wolle. Somit wird unsere Stellungnahme zu Silverbergs Dresdner Rede auch vom Redner selbst bestätigt, daß in dieser Kundgebung der Wille lag, die in den sozialistisch beherrschten Gewerkschaften organisierten Arbeiter zur gemeinschaftlichen Aufbauarbeit mit heranzuziehen, daß dieser Wunsch so lange unerfüllt bleiben müsse, solange die Sozialdemokratie in ihren heutigen Anschauungen zur kapitalistischen Wirtschaft beharre. Es bleibt aber dahingestellt, ob es für die wirtschaftspolitische Stoßkraft und taktische Position der Industrie und ihrer Spitzenvertretung, also des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, nützlich und überhaupt zweckmäßig war, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes, Geheimrat Bücher, heute mit betonter Schärfe sich für eine Erweiterung der Regierungskoalition einsetzte. Nach außen hin jedenfalls mußte dadurch der Eindruck erweckt werden, daß innerhalb des Reichsverbandes in dieser Frage Gegensätze bestehen und daß diese sich durch die heutige Aussprache eher vertieft als ausgeglichen haben. Es wurde übrigens ausdrücklich festgestellt, daß die Dresdener Rede Dr. Silverbergs vor dem Vortrag nicht von der Gesamtleitung des Reichsverbandes gebilligt worden ist, weil sie dem Gesamtvorstand und Gesamtpräsidium gar nicht vorgelegen hatte. Mit erfreulicher Deutlichkeit gaben Generaldirektor Reusch und Fritz Thyssen bei den heutigen Verhandlungen zu verstehen, daß die Bestreitung des Rheinlandes nicht zum Gegenstand von Kaufmannsgeschäften gemacht werden dürfe und daß auch so wichtige Verständigungsmöglichkeiten, wie sie in dem unter Thyssens Führung gestern zustande gekommenen europäischen Eisenpakt enthalten sind, ihre Bedeutung verlieren müßten, wenn fremde Soldaten auf deutschem Boden bleiben.

Unsere Stellungnahme zu den heute behandelten Problemen, wie wir sie in Nr. 458 „B. B.-Z." zum Ausdruck gebracht haben, brauchen wir nichts hinzuzufügen.

*

Die Tagung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen

wurde heute in Düsseldorf eingeleitet. Schon aus dem äußeren Bilde konnte man erkennen, welche Wichtigkeit dem Zusammensein der Vertreter in Rheinland und Westfalen beigemessen wurde. Fast alle wirtschaftlichen Führer waren vertreten. Mit Spannung erwartete man überall die wichtigen Reden von Generaldirektor Reusch, Vögler, Fritz Thyssen, Springorum und Silverberg, die eine Klärung der verschiedenen bekannten wirtschaftlichen und politischen Probleme bringen sollen. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte Kommerzienrat Reusch (Oberhausen) die Versammelten und verlas ein Glückwunschtelegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg. Er begrüßte vor allem Generaldirektor Duisberg, der es sich auch heute nicht hatte nehmen lassen, an der großen Tagung teilzunehmen.

Kommerzienrat Dr. Reusch,

Generaldirektor der Gutehoffnungshütte und Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, stellte zunächst fest, daß die

Ausführungen Silverbergs

über „Das deutsche Unternehmen in der Nachkriegszeit" Auffassungen entwickelt hätten, denen man in der Hauptsache voll zustimmen könne. Leider habe er sich am Schlusse seiner Ausführungen auf das politische Gebiet begeben, was in Kreisen der Industrie Bedenken und Widerspruch auslösen müsse, um so mehr, als diese Ausführungen von der Presse parteipolitisch ausgewertet worden seien. Das sei um so mehr zu bedauern, als dadurch seine im übrigen bedeutungsvollen Darlegungen in den Hintergrund gedrängt worden seien. Dr. Reusch stimmt Silverberg darin bei, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden kann und er glaubt, auch mit ihm darin einig zu gehen, daß von der Industrie im Interesse ihres geschlossenen Auftretens die Parteipolitik ferngehalten werden muß. Arbeiter — Kopf- und Handarbeiter — seien in allen Parteien vorhanden. Es sei nicht angängig, eine einzelne Partei als „Arbeiterpartei" zu bezeichnen. In der Presse kehre immer wieder die Behauptung wieder, daß der Wortlaut der Silverbergschen Rede einstimmig vorher vom Reichsverbandspräsidium gebilligt worden sei. Dr. Reusch stellt ausdrücklich fest, daß die Rede des Herrn Silverberg dem Präsidium und dem Vorstand vor der Dresdener Tagung nicht vorgelegen habe. Dr. Reusch kommt dann auf seine vor kurzem absolvierte Amerikareise zu sprechen. Die

Wirtschaft in den Vereinigten Staaten

zeige in den letzten beiden Jahrzehnten eine gewaltige Entwicklung. Die Grundlage für diese Entwicklung sei der natürliche Reichtum des Landes und eine im großen und ganzen gesunde wirtschaftliche Gesetzgebung. Zur Zeit herrsche in den meisten Erwerbszweigen Hochkonjunktur, so daß Sorgen um den Absatz nur in besonderen Ausnahmefällen vorhanden wären. In Amerika sei alles mehr oder weniger auf die Erzeugung von Massen eingestellt, was bei der starken Aufnahmefähigkeit des Marktes begreiflich sei. Der Verbrauch sei auf allen Gebieten ein außerordentlich großer. Man gewinne — so widerspruchsvoll es klingt — den Eindruck, daß möglichst viel verbraucht werde, um möglichst viel produzieren zu können. Da in Europa die gleichen Absatzmöglichkeiten nicht bestünden, könnten die amerikanischen Produktionsmethoden im allgemeinen nicht auf deutsche Verhältnisse übertragen werden. Insbesondere in Deutschland werde nach wie vor der größte Wert auf die Qualität der Erzeugnisse zu legen sein; nur dadurch sei uns der Absatz auf dem Weltmarkt gesichert. Dort ein Riesenkontinent ohne jegliche Zollschranken, bewohnt von einem Volke, das trotz seiner verschiedenartigen Abstammung ein außerordentlich stark ausgeprägtes Nationalgefühl besitze, hier ein balkanisiertes, politisch, wirtschaftlich und national zerrissenes und zersplittertes Europa, dessen einzelne Staaten, anstatt sich wirtschaftlich zusammenzuschließen, sich ökonomisch immer mehr voneinander entfernten, die Grenzen abschlössen und nationale Industrien schüfen, trotzdem die Kapazität der bereits vorhandenen Unternehmungen viel zu groß sei. Also dort Anpassung der Produktion und der Produktionsmöglichkeiten an den tatsächlichen Bedarf, hier trotz zu großer Produktionsmöglichkeiten immer neue Produktionsstätten. Daß

die zur Zeit in Europa betriebene Wirtschaftspolitik eines Tages sich rächen müsse,

stehe außer Zweifel. Insbesondere bei einem Rückgang der Konjunktur in Amerika und bei vorübergehenden Absatzschwierigkeiten in diesem Lande würden wir die amerikanische Konkurrenz auf dem Weltmarkte zu spüren haben. Die Einstellung führender Kreise Deutschland gegenüber sei im allgemeinen als freundlich zu bezeichnen. Ueberall herrsche große Zuversicht in Bezieherung auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und auch der deutschen Wissenschaft werde nach wie vor die größte Achtung entgegengebracht. Die Vereinigten Staaten ständen gegenwärtig unter dem Druck des nicht ausgenützten Bankguthabens. Eine nicht besonders erfreuliche Folge dieses Druckes, den der Geldüberfluß ausübe, sei das System der Abzahlungsgeschäfte auf fast allen Gebieten, eine Tatsache, die bei einem Umschwung der Konjunktur zu großen Bedenken Veranlassung geben müsse. Auch dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten würden Konjunkturrückschläge nicht erspart bleiben, die sich um so schärfer ausdrücken, je mehr im Geschäftsleben die Barzahlung verlassen worden sei. Zweifellos werde das Land bei seinem natürlichen Reichtum auch Zeiten des wirtschaftlichen Tiefstandes in verhältnismäßig kurzer Zeit überwinden. Der Redner warnt im Zusammenhang hiermit vor einer Einführung der Abzahlungsgeschäfte in Deutschland. Wir seien noch lange nicht genug wirtschaftlich erstarkt, um diese Geschäftsmethoden ohne schwere Gefahr für die gesamte Wirtschaft ertragen zu können. Der Erfolg des Amerikaners auf technischem Gebiete liege hauptsächlich in der Richtung, daß er praktisch gut durchdachte Einrichtungen, welche Menschenarbeit ersetzen, schaffe. Der Mangel an Menschen sei die Ursache zur Schaffung hervorragender technischer Leistungen in dieser Richtung hin. In der Uebertragung der wissenschaftlichen Erkenntnis auf die Technik seien wir aber den Amerikanern, ebenso wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, überlegen, wobei nicht verkannt werden solle, daß auf gewissen Einzelgebieten auch in dieser Beziehung in Amerika Hervorragendes geleistet werde. Dr. Reusch gedenkt dann mit Dankbarkeit der herzlichen Aufnahme, die er überall gefunden habe. Von der großzügigen Gastfreundschaft der Amerikaner könnten wir in Deutschland noch manches lernen. Zum Thema, das zu Eingang der Ausführungen behandelt worden ist, übergehend, betonte Dr. Reusch, daß es nach den gehaltvollen Ausführungen Silvebergs schwer sei, noch neuen Gedanken Ausdruck zu geben. Er — Reusch — habe schon wiederholt ausgesprochen, daß die Wirtschaft bei aller berechtigten Kritik, die sie gegenüber den verschiedenen Vorgängen in unserem staatlichen und parlamentarischen Leben ausübe, auch die Notwendigkeit einer Selbstkritik nicht vergessen dürfe. Er könne den Eindruck nicht los werden, daß die Organisationswut, welche nach der Revolution Platz gegriffen habe, auch eine große Anzahl wirtschaftlicher Vereinigungen schuf, die zum Teil als höchst überflüssig bezeichnet werden müßten. Die größeren Organisationen sollten ihr Augenmerk vor allem auch darauf richten, daß durch zuverlässige Aufgabenverteilung der Wirkungsgrad der von den einzelnen Körperschaften zu leistenden Arbeit eine entsprechende Steigerung erfahre. Die Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold zur

Vereinfachung des Verwaltungsapparates

in seinem Ministerium getroffen habe, seien zu begrüßen und man erwarte, daß sich die anbahnende Vereinfachung in der Verwaltung möglichst bald auch bei den übrigen Reichsministerien sowie bei den Ländern und Gemeinden durchsehe. Der Tatsache, daß wir ein verarmtes Volk seien, müsse endlich durch eine durchgreifende Verwaltungsreform Rechnung getragen werden. Dieser Gesichtspunkt der Verarmung müsse nach Meinung des Redners auch bei den im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme vorgesehenen Arbeiten ernste Berücksichtigung finden. Vor allem werde bei den vielen Kanalbauten, die sowohl in diesem Arbeitsprogramm vorgesehen seien, als auch von den verschiedensten interessierten Kreisen betrieben wurden, in jedem Falle die Wirtschaft zu prüfen sein. Es gehe nicht an, Bauten auszuführen, die Riesensummen verschlingen, wenn von vornherein feststehe, daß in absehbarer Zeit nicht mit einer Verzinsung geschweige denn mit einer Amortisation der angelegten Gelder zu rechnen sei. Das Wohl der Wirtschaft sei mit einem gesunden Führertum eng verknüpft. Dr. Reusch kommt auf die Ausführungen zu sprechen, die Generaldirektor Dr. Platscheck kürzlich in einer Kölner Blatte veröffentlichte. Man werde aus den verschiedensten Gründen dem Problem des industriellen und kaufmännischen Führernachwuchses größere Aufmerksamkeit schenken müssen, als das bisher der Fall gewesen sei. Dr. Reusch kommt dann auf die

internationalen Stahlkartellverhandlungen,

die bekanntlich am Donnerstag zum Abschluß gebracht worden sind, zu sprechen. Die Erkenntnis, daß durch Schaffung internationaler Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiete sowohl den Interessen der Allgemeinheit als auch den Interessen nicht nur der Erzeuger, sondern auch der Abnehmer gedient sei, scheine sich durchgesetzt zu haben. Die in letzter Zeit hervorgetretene Neigung, schon jetzt an eine Ueberwindung der Wirtschaftskrisis zu glauben, eile den Tatsachen jedenfalls voraus. Die wahre Lage der deutschen Wirtschaft werde stark verschleiert durch die Einwirkungen des seit Monaten andauernden englischen Bergarbeiterausstandes sowie durch die der deutschen Wirtschaft zugeflossenen ausländischen Darlehen. Wir dürften die Augen nicht davor verschließen, daß der Anteil unserer Ausfuhr an der Gesamtbedarfsdeckung der Welt stark abgenommen habe. Es werde einer langen, zähen Arbeit bedürfen, um die Stellung, die wir vor dem Kriege auf dem Weltmarkte eingenommen hätten, wieder zurückzugewinnen. Aus dieser Tatsache ergebe sich die Notwendigkeit, daß wir der

Stärkung unseres inneren Marktes

gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden. Der Rückhalt, den wir durch Erstarkung der Kaufkraft im Innern des Landes beim Wettbewerb im Auslande haben, könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dem Redner will scheinen, daß durch ein Zusammengehen aller schaffenden Stände einschließlich der Landwirtschaft in bezug auf die Kräftigung des Inlandsmarktes so manches erreicht werden könne. Die Wirtschaft habe sehr häufig Grund, mit seiner der politischen Vertretung zufrieden zu sein. Wenn er — der Redner — zu Eingang seiner Ausführungen gesagt habe, daß nicht ohne und nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden könne, so müsse mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß

auch nicht gegen die Wirtschaft regiert werden könne.

Diese habe berechtigten Grund zu der Klage, daß in den letzten Jahren vom Parlament und der Regierung die Lage der Wirtschaft nicht genügend berücksichtigt worden sei, was alle schaffende Stände veranlassen sollte, sich enger zusammenzuschließen, um eine gesunde Wirtschaftspolitik zu erkämpfen. Wenn jetzt von einer Reform der amtlichen Interessenvertretungen gesprochen werde, so möchte er einmal die Frage aufwerfen, ob an Stelle der verschiedenen, ihm undurchführbar erscheinenden Pläne nicht eine Reform in der Richtung zweckmäßig sei, daß die schaffenden Stände — Handel, Industrie, Landwirtschaft und Kleingewerbe — sich in besonderen Wirtschaftskammern zusammenschlössen, wobei der Gedanke in betracht komme, daß bei der Sorge um die Entwicklung des Inlandsmarktes, die zweifellos noch lange Jahre auf uns lasten werde, alle schaffenden Stände besonders aufeinander angewiesen wären. Daß die Erholung unseres Inlandsmarktes eng mit der außenpolitischen Befriedung zusammenhänge, sei ohne weiteres anzunehmen. Wir müßten der Hoffnung Ausdruck geben, daß durch unseren Eintritt in den Völkerbund in dieser Beziehung der erste Schritt getan sei. Es müsse aber auch gleichzeitig und deutlich ausgesprochen werden, daß wir

die Hoffnung auf eine wirkliche Befriedung solange nicht teilen könnten, als noch ein einziger fremder Soldat auf deutschem Boden stehe

und durch seine Anwesenheit unser vaterländisches Empfinden verletzt. Der Redner glaubt, der über-